



An den
Vorsitzenden des Kreistages des Wetteraukreises
Armin Häuser
Europaplatz
61169 Friedberg

21.11.2023

Antrag gemäß § 14 GOKT zur Sitzung des Kreistags am 20.12.2023

Solidarisch an der Seite Israels: Terror bekämpfen – jüdisches Leben schützen

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Häuser,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung zu nehmen:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag ist schockiert und zutiefst erschüttert über die Gräueltaten, die die Terrororganisation Hamas an Jüdinnen und Juden in Israel verübt hat und steht fest und in voller Solidarität an der Seite Israels. Der Kreistag verurteilt die feigen Terrorangriffe der Hamas-Terroristen gegen Israel auf das Schärfste. Die Sicherheit Israels ist Teil deutscher Staatsräson.
2. Der Kreistag stellt fest, dass die Schuld am Ausbruch des aktuellen Nahost Kriegs alleine die Hamas trägt. Jegliche Rechtfertigung ihrer Terrorangriffe hat in unserem Kreis keinen Platz. Eine Verhöhnung der Opfer, die Verbreitung von Propagandamitteln von Terrororganisationen oder das Verbrennen von Israelflaggen werden auf unseren Straßen nicht geduldet. Der Kreisausschuss wird gebeten, hierbei alle rechtstaatlich zulässigen Mittel zu ergreifen.
3. Der Kreistag sieht mit Sorge den wachsenden Antisemitismus in Deutschland, aber auch im Wetteraukreis, der sich aus unterschiedlichen Quellen speist. Der Kreistag tritt jeder Form des Antisemitismus entschieden entgegen. Jüdinnen und Juden müssen im Wetteraukreis angst- und diskriminierungsfrei leben können. Soweit dem Kreisausschuss antisemitische Vorfälle in Einrichtungen des Wetteraukreises bekannt werden, wird er gebeten, diesen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.
4. Wer Terror verteidigt, kann nicht Teil unserer demokratischen Gesellschaft sein. Der Kreistag bittet daher den Kreisausschuss, vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen eine Veranstaltung durchzuführen, zu der Akteurinnen/Akteure, die das Jüdische Leben im Wetteraukreis bzw. in der Region vertreten, eingeladen werden sollen. Bei der Zeitplanung sollen Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden, damit ihnen die Teilnahme offensteht. Im Rahmen der Veranstaltung muss deutlich werden, dass das Existenzrecht Israels geachtet wird und die Terroraktionen

der Hamas gegen Israel durch nichts zu rechtfertigen sind. Politik und Zivilgesellschaft sind jetzt gemeinsam zum Handeln aufgerufen. Die Planung der Veranstaltung soll in Abstimmung mit den Fraktionen erfolgen, die Vorschläge machen können.

Begründung:

Aus seiner Geschichte heraus hat Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber dem Staat Israel. Das Existenzrecht Israels und die Sicherheit seiner Bürger ist Teil unserer Staatsräson. Deshalb ist es geboten, die terroristischen Gräueltaten der Hamas auf allen Ebenen zu verurteilen und durch klare Zeichen unser Mitgefühl mit Israel auszudrücken.


Eine besondere Verantwortung haben wir auch für Menschen jüdischen Glaubens, die in Deutschland leben. Es ist beschämend, dass in Deutschland antisemitische Vorfälle zunehmen und sich Jüdinnen und Juden nicht mehr sicher fühlen. Deshalb muss auch der Wetteraukreis alles in seiner Macht stehende tun, um dem Antisemitismus entgegenzuwirken. Mit der Wiederaufnahme des AK Regionalpartnerschaften verfügt der Kreis über ein wichtiges Gremium, das in der aktuellen Situation durch verschiedene Formate einen Beitrag leisten kann, indem er das Existenzrecht Israels bekräftigt und die Terroraktionen der Hamas gegen Israel verurteilt.

Für die Fraktionen



Sebastian Wysocki

CDU



Christine Jäger

SPD



Isil Yönter



Michael Rückl

B'90/DIE GRÜNEN



Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

FDP



Herbert Weber

FW